

Wie das Virus auch die Politik erfasst hat

Die Coronakrise schlägt mit der Absage von Wahlen in den Kantonen Tessin, Basel-Landschaft und Neuenburg direkt auf die Politik in den Gemeinden durch. Auch da, wo gewählt wurde, waren die Umstände speziell.



Im Kanton Tessin (im Bild die Stadt Lugano) werden die Kommunalwahlen um ein Jahr verschoben. Das gesamte Prozedere muss wiederholt werden.

Bild: Shutterstock

Am Sonntag, 5. April 2020, hätten im grössten Teil des Kantons Tessin Gemeindewahlen zur Erneuerung der Exekutiven und der Legislativen stattfinden sollen. Alles war vorbereitet: Die Listen waren gedruckt und an alle Wahlberechtigten verschickt worden, die Kandidaten hatten mit dem Wahlkampf begonnen, und einige Wähler hatten sogar schon brieflich gewählt. Doch der durch das Coronavirus verursachte Gesundheitsnotstand veranlasste den Tessiner Staatsrat zum schwierigen Entscheid, die Kommunalwahlen 2020 zu annullieren und auf April 2021 zu verschieben. Ein geregelter Ablauf der Wahlen hätte nicht garantiert werden können, so das Argument.

Fulvio Pelli tritt nicht mehr an

Für die Gemeinden geht die Wiederholung der Wahlen ins Geld – je nach Grösse der Gemeinde zwischen 4400 Franken (Novaggio) und 54000 Franken (Lugano) –, für die Kandidierenden ebenfalls. Einer hat bereits entschieden, nächstes Jahr nicht mehr anzutreten: Fulvio Pelli, Ex-Präsident der FDP Schweiz, wird dann seinen 70. Geburtstag feiern. Dann sei er zu alt für eine

Kandidatur für das Gemeindeparlament von Lugano, findet er.

Auch im Kanton Neuenburg und im Kanton Basel-Landschaft hat das Coronavirus Auswirkungen auf das politische Leben. Beide Regierungen haben die Gemeindewahlen vom 17. Mai abgesagt.

Luzern und Genf mit Massnahmen

Die zweite Runde der Genfer Kommunalwahlen fand hingegen wie geplant am 5. April statt. Der Staatsrat setzte auf die briefliche Stimmabgabe und verlängerte diese bis Sonntagmittag. Hingegen war es nicht möglich, die Wahlzettel in den Wahllokalen in die Urnen zu werfen. Wegen der Ansteckungsgefahr blieben die Wahlbüros geschlossen. Auch die Luzerner Gemeindewahlen von Ende März wurden durchgeführt, unter Einhaltung von besonderen Sicherheitsmassnahmen. Die von der Regierung verabschiedete Verordnung hielt unter anderem fest, dass im Urnenbüro Handschuhe getragen und Fristen für die Bekanntgabe der Resultate erstreckt wurden.

Parlamente in den Messehallen

Um den Ratsbetrieb aufrechtzuerhalten, sind verschiedene Parlamente in Messehallen ausgewichen: Wie das Zürcher

Kantonsparlament nutzte auch der Gemeinderat, das Stadtzürcher Parlament, die Halle 7 der Messe Zürich. Parlamentarierinnen und Parlamentarier sollen so genügend Abstand zueinander halten können. Die Sitzungen beider Parlamente finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Mit einem Live-Stream auf den Websites soll sichergestellt werden, dass die Debatten dennoch mitverfolgt werden können. Nach dem baselstädtischen Grossen Rat wich auch der Baselbieter Landrat für seine Sitzungen ins Congress Center der Messe Schweiz in der Stadt Basel aus. Am Sitzungsort im Congress Center könnten die Abstandsgebote des Bundesamts für Gesundheit eingehalten werden, so die Begründung. Anfang Mai nimmt auch das eidgenössische Parlament seinen Betrieb wieder auf, und zwar in der Messehalle Bernexpo. Das Argument auch hier: Der Standort der Bernexpo erlaube es, die geltenden Verhaltens- und Hygienevorschriften des Bundesamtes für Gesundheit während der Ratsdebatten einzuhalten. Die Session wird der nachträglichen Genehmigung der vom Bundesrat beschlossenen Nachtragskredite gewidmet.

Liegenschaftsverkauf per Notrecht

Der Bieler Gemeinderat wiederum hat zum Notrecht gegriffen, damit die Stadt eine Liegenschaft ohne Zustimmung des Volks kaufen kann. Die Liegenschaft Matenstrasse 90 werde dringend zur Sicherstellung des Schulraumbedarfs benötigt, begründet der Gemeinderat den Schritt. Er bewilligte in eigener und abschliessender Kompetenz eine Ausgabe von 8,535 Millionen Franken. Der Beschluss wurde laut Mitteilung notwendig, weil die Frist zur Ausübung des Kaufrechts Ende Mai abläuft. Die Stimmberechtigten hätten am 17. Mai über das Geschäft entscheiden sollen. Doch der Bieler Gemeinderat sagte den Urnengang ab, wie zahlreiche andere Kantone und Gemeinden auch, nachdem der Bundesrat wegen der Coronavirus-Pandemie den eidgenössischen Urnengang gestrichen hatte.

sda/red